

# Imperialismus und Kolonialpolitik des Kaiserreichs

Konferenz in Kooperation von „Helle Panke“ e.V. und dem Farafina Afrika-Haus e.V., Berlin, 28. November 2022

Das Afrika-Haus in Berlin-Moabit ist ein Ort öffentlicher Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte. Gemeinsam mit „Helle Panke“ e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin stellte sich hier eine Konferenz der Haltung der Arbeiterbewegung zur Kolonialpolitik im Kaiserreich: „125 Jahre deutscher Imperialismus. Die Kolonialpolitik des Kaiserreichs aus Sicht der Betroffenen und die Haltung der Linken damals und heute“. *Karlen Vesper* (Berlin) erinnerte eingangs, dass Bismarck noch kein Anhänger kolonialen Strebens war. Seine Nachfolger hingegen vertraten die Interessen einer imperialistischen Macht mit kolonialen Ansprüchen. Am 6. Dezember 1897 forderte der spätere Reichskanzler von Bülow einen „Platz an der Sonne“ und Kolonien für Deutschland.

*Stefan Bollinger* (Berlin) fragte in seinem Input-Vortrag, ob der Imperialismus ein „Zombie“ sei und stellte vier Überlegungen an: 1. In Anlehnung an Lenin erinnerte er an die Rolle von Monopolkapital bei der Findung und Durchsetzung politischer Entscheidungen. 2. Die Sozialdemokratie habe vor 1914 auf internationale Solidarität gesetzt. Der Weltkrieg zeigte ihre mehrheitliche Kapitulation vor der imperialistischen Strategie. 3. Hat der Imperialismus „7 Leben“? Hier verwies Bollinger darauf, dass die Namen und Eigner der Monopole zwar wechseln, die Rollenverteilung aber die gleiche bleibe. Und 4. sei der größte Triumph des Imperialismus der Sieg über den Kommunismus um 1990 gewesen, Russland und China konnten aber nicht oder nur teilweise erobert werden. Dies sei die Situation bis heute, mit der sich Linke auseinandersetzen müssten.

*Ralf Hoffrogge* (Berlin) griff die Bedeutung des Internationalismus auf, den es schon vor Marx gegeben habe. Später, nach dem Ende des Sozialistengesetzes, war die Lage anders. Im Erfurter Programm von 1891 wandte sich die SPD gegen Ausbeutung auf Basis von Klasse, Partei, Geschlecht oder Rasse. Diese Kategorien wurden nicht biologistisch, sondern politisch abgeleitet. Damit sei das Programm noch heute „sehr modern“. In der Praxis war die SPD im Reichstag Anwalt für die Kolonisierten und prangerte öffentlich die Kolonialpolitik an. Sie war aber kein Dialogpartner und hatte wenig Ahnung von den konkreten Zuständen vor Ort, da nie ein Abgeordneter der SPD eine Kolonie besucht hatte; daher wohl auch der Rückgriff auf Stereotype.

Mit der konkreten Imperialismusgeschichte in der „Musterkolonie“ Togo beschäftigte sich *Stefan Seefelder* (Potsdam), live aus Togo zugeschaltet. Togo war eine kleine deutsche Kolonie, aber die größte „Musterkolonie“. Dahinter verbirgt sich ein Propagandamythos, dass dort ein besonders gutes Verhältnis zwischen Deutschen und Einheimischen geherrscht habe. Diese Erzählung hielt sich in der BRD bis in die 1970er Jahre. Seefelder dekonstruierte den Mythos und schilderte koloniale Unterwerfung.

*Mirjam Sachse* (Kassel) berichtete über die Koloniale Frauenschule in Witzen-

hausen, die 1908 bis 1910 existierte. Für Männer wurde im selben Ort 1899 eine Kolonialschule gegründet, die eine wichtige Institution des deutschen Kolonialismus war. Ausgebildet wurden Diplom-Kolonialwirte. 2.308 Absolventen durchliefen die landwirtschaftliche Ausbildung für kommende Siedler. Die Frauenschule sollte ähnliche Inhalte haben und zudem eine Hauswirtschaftsausbildung. Es gab aber nur 6 Absolventinnen. Das Problem war, dass Proletarierinnen nicht erwünscht waren, sondern gebildete Frauen aus höheren Schichten, die dann in den Kolonien als Siedlerfrauen Hausarbeit verrichten sollten. Das Konzept scheiterte mangels Bewerberinnen. Noch heute sitzt in Witzenhausen ein Institut für Tropenlandwirtschaft, an dem sich in letzter Zeit junge Leute mit der Kolonialgeschichte auseinandersetzen und z.B. antikoloniale Stadtrundgänge anbieten.

Anschließend ging es um zwei Protagonisten der Vorkriegs-SPD und deren konträre Sichtweisen auf den Kolonialismus. Eine Minderheitenposition vertrat Eduard Bernstein, den *Klaus Leesch* (Berlin) vorstellte. Begrüßte Bernstein in Zeitungsartikeln aus den 1880er Jahren noch den ägyptischen Befreiungskampf gegen die Briten, so änderte sich ab 1895 dessen Haltung zur Kolonialfrage. In einem Artikel über den Goldboom in Südafrika interpretierte er die marxistische Formationslehre, wonach die „Wilden“ erst zivilisiert werden müssten, um für den Sozialismus reif werden zu können. Es sei legitim, wenn „Wilde“ durch die „höhere Kultur“ auf eine neue Zivilisationsstufe gezwungen würden – wenngleich er nicht jedes Mittel für legitim hielt. Gewalt und Unterdrückung lehnte er ab. Nach 1914 äußerte sich Bernstein nicht mehr zur Kolonialfrage, sondern habe sich für Völkerrecht, Frieden und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker eingesetzt.

Anschließend referierte *Holger Czitrich-Stahl* (Berlin) über Georg Ledebour, der die Kolonialpolitik ablehnte und diesen Standpunkt im Reichstag für die SPD-Fraktionsmehrheit vertrat. 1907 erschien „Die deutsche Kolonialpolitik“, Ledebours publizistisches Hauptwerk zum Thema, verfasst für die Fraktion. Er berichtete über mehrere antikoloniale Anträge der SPD-Fraktion, die alle zurückgewiesen wurden. Ledebour widersprach Bernstein: Kolonialismus im Kapitalismus könne nicht zivilisatorisch oder kulturell sein.

Ins gleiche Horn stießen Lenin und Rosa Luxemburg in ihren Imperialismustheorien. *Christin Bernhold* (Hamburg) stellte diese vergleichend vor. Lenin und Luxemburg sahen Kolonialismus als Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise und an diese gekoppelt. Sie waren sich einig, dass im Kapitalismus Imperialismus und Krieg nicht überwunden werden könnten, sondern systemimmanent seien. Luxemburg sah im Kolonialismus eine Folge des Expansions- und Profitzwangs. In ihrer Schrift „Die Akkumulation des Kapitals“ geht sie diesbezüglich auf den Kolonialismus ein. Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ sah den entwickelten Monopolkapitalismus als letztes Stadium des faulenden Systems.

Im abschließenden Gespräch kritisierten die beiden in Namibia geborenen und in Berlin lebenden Historiker und Aktivisten *Joachim Zeller* und *Israel Kautajki* die schleppende Aufarbeitung der Kolonialzeit in Deutschland. Nur noch die LINKE sei für eine konsequente Aufarbeitung und Entschädigung. Seit sie

in der Regierung seien, unterstützten Grüne und SPD nicht mehr die Interessen von Herero und Nama, so Kaunatjki. Zeller berichtete über das Ringen um Straßenumbenennungen in Berlin und anderswo. Das „unsägliche“ Humboldtforum sei ein „failed Museum“, gefüllt mit Archivgut aus den ethnologischen Sammlungen Dahlem, die vorher kaum jemanden interessiert hätten. Der Bau verschlang 1 Mrd. Euro, ohne dass es ein Nutzungskonzept gab. Wenig später habe die postkoloniale Debatte die Museumsmacher förmlich „überrollt“. Sie versuchten „nachzubessern“, mit drei Stellen für Provenienzforschung – und das für 600.000 Objekte. „Mehr als ein Witz“, so Zeller, dessen Fazit für die gesamte Konferenz gelten kann: Das Thema Postkolonialismus wird nicht mehr verschwinden, bis die Aufarbeitung passiert ist.

Die Beiträge können auf [www.helle-panke.de](http://www.helle-panke.de) nachgehört werden. Eine Publikation ist in Vorbereitung.

*Alexander Amberger*

## „Transformationsprozesse in historischer Perspektive“

Wie aktuell ist der Ansatz von Eric Hobsbawm? Berlin, 2. bis 3. Dezember 2022

Vom Zyklus der Revolutionen im 18. Jh. bis hin zur digitalen Revolution: kann allgemein vom Zeitalter des Kapitals und der Extreme gesprochen werden oder handelt es sich nur um „Zwischenwelten“ und Übergangszeiten? Dieser Frage hat Eric Hobsbawm (1917-2012) sein umfangreiches Werk gewidmet. Es gelang ihm, eine lebendige Geschichte aufzubauen, in der Wirtschaftsprozesse, gesellschaftliche Bewegungen und politische Strukturen unzertrennlich verflochten sind. Die „Große Geschichte“, empirisch rigoros, methodologisch präzise rekonstruiert und „trotzdem“ angenehm zu lesen. Können aus seinen Konzepten wertvolle Hinweise und methodologische Umgangsformen für die Interpretation der heutigen Transformation gezogen werden? Um dieser Frage nachzugehen, luden die Ev. Akademie Bad Boll, die Rosa Luxemburg Stiftung und das CIHESRI der Universität Buenos Aires zu einer zweitägigen Veranstaltung in Berlin ein.

In seinem Vortrag zum Auftakt der Veranstaltung skizzierte *Florian Weis* Hobsbawms Biografie aus verschiedenen Blickwinkeln: den persönlichen und akademischen Lebenslauf, die Auswirkungen auf sein umfangreiches Werk (insbesondere sein „Zeitalter der Extreme“), ebenso wie seine politischen Positionen. Dies ermöglichte eine kontroverse Diskussion über Hobsbawms Interpretation der Endphase des Neoliberalismus und der Frage des Nationalismus, sowie über die Hintergründe seiner nie aufgegebenen, aber auch nicht aktiven Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei.

Welche Relevanz hat Hobsbawms Werk heute? *Dorothea Schmidt* fand mehrere Argumente für die Lektüre. So betonte sie u.a. die Art, die Geschichte des Kapitalismus durch Kontinuitäten und Diskontinuitäten darzustellen, die sich einer

widersprüchlichen Entwicklung ankoppeln. Auch die komplexe Verflechtung des Wirtschaftlichen, des Politischen und des Kulturellen ist bei Hobsbawm zu finden. Die technische Entwicklung spielt dabei eine sekundäre Rolle, denn es geht primär um die Organisation der Arbeitsprozesse – eine wichtige Lehre für die Interpretation des heutigen Wandels. Die erwähnte Komplexität wurde in der anschließenden Diskussion präzisiert, sind die drei genannten Elemente zwar in seinem Werk präsent, aber doch mit unterschiedlicher Gewichtung.

Der zweite Veranstaltungstag startete zunächst mit einer Diskussion um die heutige Zeitenwende aus historischer Perspektive. *Jörg Goldberg* befasste sich mit dem Konzept der Zeitenwende, um dann aus der Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die heutige Krise zu thematisieren. Als fünfte globale Krise, die im Rahmen ihrer Historizität (und nicht als Teil eines Zyklus) verstanden werden muss, ist die Spannung zwischen Überwindung und Revitalisierung des Kapitalismus zu erkennen. Auf diese Weise konnte Goldberg die Innovationsprozesse und laufenden Tendenzen, die sich vor allem seit 2015 entwickeln, auffangen. *Sabine Plonz* positionierte sich auf einer philosophisch-theologischen Perspektive und stellte sich die Frage über den Aufbau eines neuen Konsenses im Zuge der Suche nach einem transformativen und emanzipatorischen Ethos. Mit ihrer theologischen Sichtweise öffnete sie neue Dimensionen einer Analyse von Geschichte und Transformation, die an transformative Konzepte in der Theorie und in der Praxis der sozialen und religiösen Bewegungen anknüpfen.

Nach der Pause nahmen *Heinz Hillebrand* und *Roland Kulke* die Frage: „21. Jahrhundert. Zeitalter des Extremen?“ auf. Hillebrand schilderte anhand der Konzepte von Hobsbawm eine Rekonstruktion der Geschichte ab 1929, um dadurch die Veränderungen ab 2019 zu verdeutlichen. Die steigende Spannung zwischen China und den USA, die Entwicklung eines religiösen Fundamentalismus und der Gegensatz zwischen autoritären und demokratischen Perspektiven rückten in den Mittelpunkt und waren der Ausgangspunkt für die spätere intensive Diskussion. Kulke leitete aus dem Werk von Hobsbawm den passenden theoretischen Rahmen ab, um die hindunationalistische Bewegung in Indien zu beleuchten. Bei der „Erfindung einer Tradition“, so das Konzept von Hobsbawm, spielen Geschichtsbücher für Schüler eine tragende Rolle, um eine kollektive Symbolik aufzubauen, die der dortigen Expansion des neoliberalen Kapitalismus dient. Das Zusammenspiel von Basis und Überbau, oder die Triade autoritärer Staat/Hindutva-Kultur/Neoliberalismus ermöglichten es, die Phasen des Aufbaus, aber auch die des Widerstands gegen die Regierung zu erklären.

Es folgte das Abschlusspodium mit dem Thema „Wandel, Transformation oder Mutation des Kapitalismus“. *Dieter Klein* gab zunächst einen Impuls über die aktuelle Debatte um den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft. Durch sieben „Anmerkungen“, stellte er die wichtigsten Dichotomien und Alternativen vor, die künftig zu erwarten sind. Fragen über Reform oder Revolution, Chancen für die Selbstermächtigung von unten, Diskursaufbau, Polarisierung der Politik oder die Einbindung progressiver Eliten in die Gestaltung eines grünen Kapitalismus bildeten die Grundlage für eine spätere Diskussion mit dem Publikum. Doch zu-

erst führte *Barbara Imholz* die Teilnehmenden in die hobsbawmsche Welt zurück. Sie ging bei Transformation von einer Objektivierung des Menschen in einem neuen Akkumulationsregime aus. Ausgangspunkt war Hobsbawms „Fabrikordnung“ und dessen konkretes Zeitverständnis. Doch das greift zu kurz und soll durch die Wahrnehmung einer Aufspaltung des Lebens in Produktion und Reproduktion ergänzt werden. Dies führt zu einer feministischen Perspektive. Wie sich in diesem Zusammenhang die Zeitenwende, die Transition zu einer neuen Phase des Kapitalismus, in der Praxis ausdrückt, wurde durch die Darstellung der Ergebnisse einer Analyse aus dem Bildungssystem erläutert.

Die anschließende Diskussion war gleichzeitig die Zusammenfassung einer durchweg gelungenen Veranstaltung. Sie reichte – mit Hobsbawm – vom Bedürfnis einer präzisen Zeitdiagnose als Grundlage für die Transformationspolitik bis hin zu den Widersprüchen im Diskurs, die jedoch auch mit Widersprüchen in der Realität korrespondieren. Unterschiedlich waren die Meinungen der Diskutierenden bezüglich der Konstellation der Akteure, die im Prozess eine tragende Rolle spielen sollten. Können beispielsweise an „progressive Eliten“ Erwartungen gerichtet sein? Ebendiese Frage stellte Hobsbawm in den Mittelpunkt seiner Analyse der früheren Etappen. So blieben Fragen über politische Sichtweisen und Praxen offen, die in künftigen Tagungen aufgegriffen werden sollen.

*Andrés Musacchio*

## **Unterwegs zu einer neuen Weltordnung – Weltkrieg oder sozialökologische Wende zum Frieden?**

29. Friedensratschlag, Kassel, 10. bis 11. Dezember 2022

Am 10. und 11.12.22 fand der bundesweite Friedensratschlag in Kassel statt. Der Einladung folgten etwa 350 Friedensbewegte zu einem reichhaltigen Programm. Die zahlreichen Plenarvorträge, Podien und Diskussionsrunden waren getragen von der Ambition, Kontroversen zu diskutieren mit Fokus auf den Krieg in der Ukraine, da die Friedensbewegung mit der Kriegspropaganda und der massiven Aufrüstung hierzulande unter gestiegenen Anpassungsdruck gesetzt und mit wachsender Verantwortung versehen ist.

Die Referenten des Eröffnungspodiums teilten die Ansicht, dass der Ukraine-Konflikt vor dem Hintergrund weltweiter Macht- und Interessensverschiebungen betrachtet werden müsse. *Peter Wahl* ging auf die ökonomischen Aspekte der Globalisierung ein. Nach *Jörg Kronauer* liegt die reale Zeitenwende darin, dass sich neben den EU- und NATO-Staaten nur sechs weitere Nationen an den Sanktionen des Westens beteiligen. Die Wirtschaftsgeographin *Christin Bernhold* verglich die industriellen und militärischen Gegebenheiten der verschiedenen Konfliktparteien. Dabei identifizierte sie in Russland einen „regionalen Imperialismus defensiver Schwäche“ und betonte die Unterlegenheit gegenüber den NATO-Staaten in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Für die Arabis-

tin *Karin Külow* begann die Zeitenwende bereits spätestens 1998. Mit der Gründung der Shanghai Organisation 2001 und der Zusammenkunft einiger Schwellenländer in BRICS+ sei heute eine geopolitische Verschiebung im Gange. Auffällig sei, dass es selbst Ländern wie Saudi-Arabien nicht mehr darum gehe „mit oder gegen die USA“ zu sein, sondern um einen Interessensausgleich multipolarer Art. Der Aufrüstungsexperte *Lühr Henken* referierte über die aktuelle Gefahr atomarer Erstschläge. Während der inzwischen durch die USA aufgekündigte INF-Vertrag von 1987 die Gefahr eines potenziellen Enthauptungsschlags mit Pershing-II-Raketen bannte, könnten die neuen Hyperschallraketen Dark Eagle eine Strecke von 2.700 km in unter 12 Minuten zurücklegen.

Nach dem Podium standen die Referenten für weitere Diskussion zur Verfügung. Alternativ fanden Workshops statt zum Aufstieg Chinas und Indiens mit *Uwe Behrens*, über die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten mit *Karin Leukefeld*, über die geopolitischen Dynamiken in Afrika mit *Frauke Banse* sowie über Antikolonialismus und Antimperialismus in der Kunst mit *Ulrich Schneider* und Teilen des Ruangrupa-Kollektivs, das 2022 die künstlerische Leitung der documenta übernommen hatte.

Auf der zweiten Podiumsdiskussion kamen die Kontroversen zum Ukraine-Krieg in der Friedensbewegung zur Sprache. *Franziska Hildebrandt* (Die Linke.SDS) wies auf die expansive NATO-Politik seit 1991 hin, die die Aufrüstungsspirale brandgefährlich eskaliert habe. Doch die Herrschenden seien in einer Sackgasse: Ihre Apelle gegen die „Kriegsmüdigkeit“ sowie diverse Umfragen und Analysen zeigten, dass die Befürwortung der Sanktionen und der deutschen Beteiligung am Krieg stetig abnimmt – ein Erfolg der Friedensbewegung. Der Krieg werde hierzulande mit Verzichtspredigten und Nationalchauvinismus versucht zu führen, für die „westliche Freiheit“, die eben Freiheit des Kapitals und Marktes bedeute. Hierbei sei eine gemeinsam organisierte zentrale Großdemonstration eine gute Möglichkeit, um aufzuzeigen, dass das Ende der US-Hegemonie nicht zwangsläufig in einer neuen Blockkonfrontation münde.

*Hermann Kopp* (Bundesausschuss Friedensratschlag) sprach das „historische Sanktionspaket“ gegen Russland an, welches sogar die Blockade von Kuba oder die Sanktionen gegen sogenannte „Schurkenstaaten“ wie den Iran übersteige. Vor dem Hintergrund des Krieges sei ein Interessensausgleich zu schaffen, der eine blockfreie Neutralität der Ukraine beinhaltet. *Helmut Lohrer* stellte Positionen des Papiers für Friedensperspektiven der IPPNW vor<sup>1</sup>. Der Krieg fände vor dem Hintergrund der US-Beteiligung an der „Orangen Revolution“ statt. Auch die im Dezember 2021 von der russischen Führung vorgelegten Vorschläge für verbindliche Sicherheitsgarantien sowie der Möglichkeiten zu diplomatischen Gesprächen bei der Münchener Sicherheitskonferenz seien zu beachten. Lohrer betont, dass der Krieg nicht nur durch die Verhandlungen in der Türkei schnell eingrenzbar, sondern sogar im Vorfeld durch Sicherheitsgarantien an

---

<sup>1</sup> Quelle: [https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand\\_und\\_Frieden\\_Ukrainekonflikt\\_3.Auflage\\_Nov\\_2022.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt_3.Auflage_Nov_2022.pdf).

Russland und diplomatische Gespräche vermeidbar gewesen wäre. *Wiltrud Rösch-Metzler* (Kooperation für den Frieden) forderte, Konzepte für mehr Sicherheit in Europa unter Einbeziehung der OSZE und der UN zu stärken. *Ulrich Schneider* (VVN-BdA) wies auf den Zusammenhang zwischen der veränderten Sozialstruktur der Mitglieder und ihrer Einschätzung des Krieges hin. Doch der Grundsatz bleibe: „Nie wieder Krieg“ mit einem klaren „Nein zum russischen Angriffskrieg“. Daher sei die VVN-BdA aktiv gegen jegliche deutsche Kriegsbeteiligung und Aufrüstung sowie in der aktiven Flüchtlingssolidarität.

Parallel zu dieser Podiumsdiskussion fand ein weiteres Podium zu Umweltfragen in der Friedensbewegung statt. Im Workshop „Friedensperspektiven für Afghanistan“ trug *Heela Najibullah*, die Tochter des ehemaligen Präsidenten von Afghanistan, *Najibullah*, Ideen zur Initiierung eines nationalen Dialogs zwischen Afghanen verschiedener politischer Strömungen vor. *Susann Witt-Stahl* und, aus Moskau zugeschaltet, *Ulrich Heyden* beschäftigten sich mit innenpolitischen Entwicklungen in Russland und der Ukraine, während *Ekkehard Sieker* zu den Methoden der Medienmanipulation referierte. *Joachim Guilliard* blickte auf die katastrophalen Folgen von Wirtschaftsblockaden in betroffenen Staaten, die von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet werden.

Das Programm des zweiten Konferenztages stand unter der Devise politischer Perspektiven der Friedensbewegung. Der ehemalige UN-Diplomat *Hans-Christoph von Sponeck* referierte über die Potentiale, den Missbrauch internationaler Organisationen, insbesondere der UN, zu verhindern. Er wies dabei der aktiven internationalen Solidarität in der Zivilgesellschaft die bedeutende Rolle zu.

Über Verhandlungslösungen für die Ukraine und den Weg zu einer neuen Friedensordnung diskutierten *Michael Müller* (Naturfreunde), die Publizistin *Daniela Dahn* und der ehemalige UN-Diplomat *Michael von der Schulenburg*. Einige Diskutanten betonten, dass die Friedensbewegung gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern offen sein müsse, die sich den erarbeiteten Forderungen der Friedensbewegung anschließen können. Die Publizistin *Daniela Dahn* wandte sich gegen die Propaganda der „westlichen Friedensordnung“ mit dem Verweis auf die 251 Militärmanöver der USA seit 1991 und machte deutlich, dass es immer eine Alternative zu Krieg gebe, insbesondere durch die Stärkung der UN. *Sevim Dagdelen* (LINKE, MdB) trug anschließend dazu passend ein Plädoyer für gemeinsames Agieren der Sozialproteste sowie der Friedensbewegung vor.

Ein Podium über aktuelle Herausforderungen für die Friedensbewegung durch Kriege und Hochrüstung beendete den Friedensratschlag mit Beiträgen von *Angelika Claußen* (IPPNW), *Christoph von Lieven* (Greenpeace), *Reiner Braun* (International Peace Bureau) sowie *Horst Schmitthenner* (IG Metall) mit der klaren Aussage: Als Akteure der zivilen Veränderungen sind wir umso mehr gefragt. Mit dem Podium war der Ausblick verbunden, dass die Friedensbewegung im kommenden Jahr für vertiefte Verständigung und gemeinsame Aktivitäten zusammenkommen will. Den Anfang bilden die Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz am 18.02.2023. Es folgen die Konferenz der norddeutschen Friedensbewegung „Offensive für Frieden und soziale Gerechtigkeit –

JETZT!“ am 25.02.2023 in Bremen und die Konferenz der Kooperation für den Frieden am 28./29. April 2023, ebenfalls in Bremen. Eine bundesweit zentrale Großdemonstration sei nicht ausgeschlossen. Wer sich daran beteiligen möchte, kann sich an [kontakt@zivilezeitenwende.de](mailto:kontakt@zivilezeitenwende.de) wenden.

Tucholskys Feststellung: „Und unser Scheidemann hat keine Seite, nach der er nicht schon umgefallen ist“<sup>2</sup> traf auf den 29. Bundesweiten Friedensratschlag im Philip-Scheidemann-Haus nicht zu. Als Ausblick wurde die Abschlusserklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag, sowie eine aus der Beratung verfasste Kassler Erklärung beschlossen, in der die Friedensbewegten die Bundesregierung auffordern: „Stoppen Sie die Waffenlieferungen in die Ukraine und in alle anderen Kriegs- und Krisengebiete! Ergreifen Sie die Initiative für einen ernsthaften Dialog mit allen europäischen Nachbarländern für eine gleichberechtigte Friedensstruktur!“<sup>3</sup>

*Yusuf Karaaslan, Lara Herrlich, Franziska Hildebrandt,  
Naisan Raji, Silvie Strauß*

## Linker Ratschlag

Frankfurt am Main, Bürgerhaus Gallus, 17. Dezember 2022

Auf Einladung von *Heinz Bierbaum, Frank Deppe, Bettina Jürgensen, Ingar Solty* und *Heinz Stehr* traf sich am 17. Dezember ein Kreis linker Aktivisten in Frankfurt/M., um über Auswege aus der Krise der Linken und der mit ihr verbundenen Parteien zu diskutieren. Einleitende Beiträge kamen von *Frank Deppe* und *Heinz Bierbaum*.

*Frank Deppe* (Marburg) betonte zuerst, dass die Krise der Partei Die Linke zu einer Schwächung der Linken insgesamt führe, worüber sich nur die Gegner der Linken freuen könnten. In der gesellschaftlichen Realität kontrastierten einerseits eine wachsende Diskussion über Sozialismus (insbesondere im angelsächsischen Raum; Deppe erwähnte als Beispiel das „Socialist Manifesto“ des Jacobin-Gründers *Bashkar Sunkara*<sup>1</sup>), große soziale Protestwellen (gegenwärtig in England, Frankreich) und neue Linksentwicklungen wie aktuell in Lateinamerika mit andererseits der gleichzeitigen Erfahrung der Schwäche und Niederlagen sozialistischer Bewegungen (in Europa der Untergang der sozialistischen Länder und der Zusammenbruch der großen kommunistischen Parteien), einem Auf- und Ab der Linken. Deppe erinnerte an Formulierungen von Marx aus dem

<sup>2</sup> Aus: Kurt Tucholsky als Theobald Tiger, *Die Weltbühne*, 29.09.1921, Nr. 39, S. 312.

<sup>3</sup> Die Abschlusserklärung sowie Redemanuskripte sind auf den Seiten des Bundesausschusses Friedensratschlag nachzulesen: <https://www.friedensratschlag.de/>.

<sup>1</sup> *Bashkar Sunkara, The Socialist Manifesto*, London/New York 2019, mit einem Schlusskapitel über Sozialismus in den USA. Ausführlicher äußert sich Frank Deppe zu den genannten Fragen in: *Sozialismus. Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektiven*, Hamburg 2021, 9ff., 266ff.

„18. Brumaire“, wo es über die proletarischen Revolutionen heißt, sie „scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge...“ (MEW 8: 118). Seit der Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 sei eine neue Phase kapitalistischer Entwicklung zu konstatieren mit wechselseitiger Durchdringung ganz unterschiedlicher Krisen, Austeritätspolitik der herrschenden Klassen, geopolitischen Konfrontationen bis hin zum Krieg und einer Reaktivierung des Staates im Kampf um den Versuch, eine neue Stabilitätsphase zu erreichen. Diesem Feld, diesen Herausforderungen müsse sich die Linke stellen.

Eine äußerst nüchterne Bilanz der europäischen und bundesdeutschen Linken zog *Heinz Bierbaum* (Berlin, Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung). Er erinnerte daran, dass in Italien ein Drittel der Arbeiterklasse Giorgia Meloni gewählt habe; in Frankreich sei zwar ein relativer Erfolg Mélanchons zu konstatieren, aber der Nationalsekretär der FKP Fabien Roussel habe zurecht darauf hingewiesen, dass das eigentliche Ergebnis der Wahlen der weitere Zuwachs Le Pens gewesen sei. In Deutschland unterliege die Partei Die Linke einem Erosionsprozess und greife die sich aus den aktuellen Krisenprozessen ergebenden Aufgaben nicht auf. Trotz vieler Gemeinsamkeiten zerfalle sie in personalisierte Strömungsauseinandersetzungen; ein strategisches Zentrum sei nicht auszumachen. Was ihr fehle sei ein „Klassenkompass“<sup>2</sup>, eine aktive und orientierende Ausrichtung auf die Welt der Arbeit und Gewerkschaften. Unterschiedliche Positionen müssten diskutiert werden, aber eine klare Position zu Frieden und Abrüstung sei unabdingbar.

In der Diskussion trat sehr prononciert *Michael Brie* (Berlin, RLS) auf. Die Schwäche der Partei Die Linke wurzele darin, dass sie in den aktuellen Krisen in entscheidenden Fragen „völlig unklare Positionen“ beziehe. Er konstatierte „drei Brüche der Partei Die Linke mit der Klasse der Lohnabhängigen“: Im Herbst der Migration 2015 habe sie nur ungenügend das Interesse des Kapitals an Konkurrenz und Spaltung und damit die Notwendigkeit des Kampfes um solidarische Regulierung herausgestellt. In der Pandemie sei es ihr nicht gelungen, eine „populäre Klassenpolitik“ zur Verteidigung der Schwachen zu entwickeln. Auch im Kontext des Ukrainekrieges sei „Profillosigkeit“ zu konstatieren: Es fehle eine imperialismuskritische Analyse, die Vorgeschichte des Krieges (Ausdehnung der Nato) werde nicht in Rechnung gestellt, gegen Wirtschaftskrieg und immer umfassendere Waffenlieferungen werde nicht klar Stellung bezogen. Die Partei Die Linke habe sich damit letztlich zum „Anhang des Mainstreams“ gemacht. Im Moment scharfer politischer Zuspitzung seien dagegen Klarheit dialektischer Analyse und „Mut zur Alleinstellung“ gefordert.<sup>3</sup>

*Isa Pape* (Erlangen, BR Siemens Energy) konstatierte eine „sektiererische Selbstisolation“ ihrer Partei, der DKP. In der von Deppe genannten neuen Phase der Kapitalismusedwicklung sei die Belastung in den Betrieben massiv ge-

<sup>2</sup> Bierbaum verwies hier auf das Papier von Ulrike Eiffler, Susanne Ferschl und Jan Richter: Die Linke braucht einen Klassenkompass, in: sozialismus 12/2022, S. 36-40.

<sup>3</sup> So auch nachzulesen in seinem Beitrag „Was tun in Zeiten des Krieges“ im ND v. 28.12.2022.

wachsen. Kostenreduktion stünde obenan, die Zahl der Langzeiterkrankten habe sich in ihrem Betrieb in den letzten drei Jahren verdoppelt. Das Zutrauen der Belegschaft in die Fähigkeit des Managements, die geforderte „Transformation“ (Ökologisierung, Digitalisierung) zu steuern, sei nahezu bei Null angekommen. Die Belegschaft würde den Interessengegensatz von Lohnarbeit und Kapital „am eigenen Leibe“ erfahren. Hieran sei in breiten Bündnissen anzuknüpfen. *Uwe Fritsch* (ehem. BR Vors. VW Braunschweig) zufolge ist eine starke Entpolitisierung der Gewerkschaften zu beobachten, wobei sich der sozialdemokratische Arbeitsminister Heil als deren Sachwalter darstelle und die Gewerkschaften in eine neue Konzertierte Aktion eingebunden würden. Unübersehbar sei auch, dass die großen Unternehmen bemüht seien, ihre Kernbelegschaften mit beachtlichem Aufwand materiell zu binden und „ruhig zu stellen“. Neu entwickelte gewerkschaftliche Kampfformen hätten in den jüngsten Tarifauseinandersetzungen nur partiell genutzt werden können.

Ein Diskussionsredner (*Uli Schmidt*, Kassel) beklagte das Fehlen einer linken außerparlamentarischen Opposition. Ohne dass dieser Punkt weiter diskutiert wurde, legte er damit einen Finger auf die Wunde der starken parlamentarischen Fixierung großer Teile der Linken und auch der Gewerkschaften. Soziale Sicherung, Abwehr von Reallohnsenkungen in der gegenwärtigen Inflationskrise etc. werden in allererster Linie von Parlament, Regierung und Staat erwartet. Dabei hat, darauf verwies *Ingar Solty* (Berlin, RLS), die Linke das Thema der sozialen Frage an die SPD verloren. *David Salomon* (Frankfurt/M., Red. Z) unterstrich, dass der Versuch, eine neue Stabilitätsphase des Kapitalismus durch massiv wachsenden Staatsinterventionismus zu erzwingen, immer mit der Verschärfung der Klimakrise konfrontiert sei.

Über Ansätze zu klassenpolitischer Mobilisierung auf lokaler Ebene im Saarland berichtete *Thomas Hagenhofer* (Saarbrücken, Vors. DKP Saarland). Anfang Dezember hatten in Saarbrücken Gewerkschaften, Sozialverbände, Klimabewegung u.a., insgesamt 60 Initiativen und Verbände, unter der Parole „Wir frieren nicht für eure Profite“ gegen Armut und Sozialabbau, für Energiepreisdeckel, Übergewinnsteuern, Mieterschutz, Arbeitsplatz- und Reallohnsicherung demonstriert. Bei der Kundgebung sprachen u.a. der Ver.di Vorsitzende Frank Werneke, Heinz Bierbaum (Vors. der Europ. Linken) und eine Vertreterin von Fridays for Future.<sup>4</sup> Hier könnten Ansätze für eine neue außerparlamentarische Opposition von links zu sehen sein.

Das Treffen wurde von allen als nützlich bewertet. Insgesamt war die Debatte (annähernd zwanzig Redebeiträge) relativ stark organisationsbezogen; das im Schnitt vorangeschrittene Alter der Teilnehmenden ließ sich nicht übersehen. Für das Frühjahr ist ein Ratschlag zu friedenspolitischen Fragen, für den Herbst zu Gewerkschaften und Arbeiterbewegung geplant.

*André Leisewitz*

---

<sup>4</sup> Vgl. auch Saarbrücker Zeitung v. 5.12.2022.